Es sind immer die Gleichen...

Warum sind es immer dieselben die sich gegen Neonazismus engagieren?

Impressum:

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken
Kreisverband Erfurt

Post: **Juri Gagarin Ring 158**
99084 Erfurt
Email: **kontakt@falken-erfurt.de**
Web: **www.falken-erfurt.de**

viSdP **Marvin Lindenberg, Marvin.Lindenberg@uni-erfurt.de**

Bei dem Text handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse eines Forschungsprojektes, finanziert durch den Lokalen Aktionsplans der Landeshauptstadt Erfurt.
Besonders möchte ich mich bei Philipp Schweizer für geleistete Hilfe bedanken. Vielen Dank für die weitere Unterstützung dieser Arbeit an: Frederik Schwieger, Tamer Düzyol und Christian Hartwig Steinau

Der Ausgangspunkt – Das existierende politische Engagement gegen Neonazismus

Am Anfang der Untersuchung, die dieser Broschüre zugrunde liegt, stand die Frage, warum es immer dieselben Personen und aus ihnen bestehende Kreise sind, die sich gegen Neonazismus engagieren. Der Umstand, dass es *„immer dieselben“* sind, ist zunächst alltägliche Beobachtung, darüber hinaus liegt mit der Untersuchung von *„Zwischen Symbolwirkung und alltäglichen Raumkämpfen“* eine Untersuchung der zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus in Erfurt vor, die auch eine Reihe von Daten zu der Frage enthält, wer diese Akteure eigentlich sind. Die Ergebnisse sollen an dieser Stelle deshalb kurz rekapituliert werden.
Im Kreis der *„immer selben“* Akteure lassen sich zunächst verschiedene Gruppen mit abweichenden, teils gegensätzlichen Positionen ausmachen, doch wiederholt sich das Spektrum der Positionen regelmäßig. Von diesen *„immer selben“* Akteuren wird der Protest gegen die Aufmärsche und Versammlungen von Neonazis – teils gemeinsam, teils getrennt - vorbereitet, beworben und maßgeblich durchgeführt. Dazu gehören Vertreterinnen* der Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, Verbände und Vereine** , sowie antifaschistische und linksradikale Gruppen und Einzelpersonen.
Zwar nimmt an den von diesem Kreis organisierten Veranstaltungen auch eine größere Zahl von Personen teil, die nicht zu denen gehören, die sich regelmäßig engagieren, den harten Kern bilden aber die 20% der Teilnehmenden die dies über einen größeren Zeitraum hinweg tun.***

Trotz dieses Wechsels innerhalb der Teilnehmerschaft, handelt es sich doch um ein einheitliches Milieu. Auch diejenigen, die sich nicht regelmäßig engagieren, sind kein Querschnitt der Erfurter Bevölkerung, sondern überwiegend jung, akademisch, politikaffin und gehören zum Spektrum der SympathisantInnen der Grünen (26%), der Linkspartei (16%) und der SPD (15%).*[4]

Auffällig ist dabei, dass die Grünen, obwohl sie den größ-

*****
Die Betonung liegt hierbei auf VertreterInnen, weil das Engagement dieser Organisationen von dem Engagement von Einzelnen innerhalb dieser Organisationen abhängt. Würden diese nicht aus eigenem Interesse heraus sich in die Vorbereitungen und Durchführung gegen den Rechtsextremismus einbringen, ist davon auszugehen, dass die Unterstützung durch die Organisationen bloß auf dem Papier erfolgen würde. Dafür spricht, dass es diesen Organisationen – mit Blick auf die Teilnehmerzahlen der Gegenaktivitäten - nicht gelingt, die Mehrheit der eigenen Mitglieder zu den entsprechenden Demonstrationen und Kundgebungen zu mobilisieren. Gleichwohl erfahren die VertreterInnen der Organisationen zumindest eine inhaltliche Unterstützung durch die (anderen) FunktionärInnen bzw. Leitung der Organisationen.

******
Genauer: Verbände und Vereine, zu deren Tätigkeitsfeld und/oder verbandlichen Selbstverständnis das Engagement gegen Neonazismus gehört.

****
Diese stammen aus der Befragung,die das Team um Matthias Quent bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch am ersten Mai 2013 durchführte. Sie befragten 106 der ca. 1000 Teilnehmenden an den Blockaden. Nicht erfasst sind dabei die Teilnehmenden an abseits stattfindenden Kundgebungen, sowie die zum autonomen Spektrum der Gegenaktivitäten gehörenden AktivistInnen, die sich in Kleingruppen außerhalb der Kundgebungspunkte bewegten. In der Befragung stellt das Team um Quent fest, dass sich 27% das erste Mal, 47% bereits ein bis vier Mal und 25% regelmäßig an Gegenaktivitäten der letzten Jahre teilnahme, vgl. Quent S. 41. Da die Proteste nicht stetig wachsen, ist davon auszugehen, dass es bei Vielen bei einem einmaligen, oder kurzzeitigen Engagement bleibt. Der interessanten Frage, wer sich warum nur einmalig, oder

ten Zuspruch unter den DemonstrationsteilnehmerInnen haben, in der Liste der *„Initiativen oder Organisationen, die,“* in den Augen der Teilnehmenden, *„in der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus in Erfurt am stärksten präsent sind“* im Gegensatz zur Linkspartei*5 und SPD*6 nicht genannt werden. Lediglich mittelbar tauchen sie als Teil der *„Parteien und Gewerkschaften“*7 bzw. *„Parteien des Stadtrats“*8 auf. Nicht die Anerkennung für das Engagement gegen Rechtsextremismus der Grünen führt zur Präferenz der Befragten, die Gründe für diese müssen entsprechend außerhalb dieses Engagements gesucht werden.

Vor dem Hintergrund dieser Auffälligkeit und der Parteipräferenzen insgesamt, ist deshalb davon auszugehen, dass bei den an den Protesten Beteiligten ein allgemeines Interesse an Politik und an der Gestaltung der Gesellschaft vorhanden ist. Dafür sprechen auch die hohen Zustimmungswerte zu den Fragen

+ „Die Aktionen sind Teil einer breiten sozialen Bewegung für gesellschaftliche Veränderung,“*9

+ „Die Aktionen sollen ein Mitmachangebot sein – wir wollen mit vielen Menschen darüber nachdenken, was wir verbessern können,“*10

+ „Die Aktionen sollen die Teilnehmer_innen und Passant_innen dazu bringen, sich stärker mit Fragen grundsätzlicher Gesellschaftskritik zu beschäftigen,“*11

+ „Es muss sich in der Gesellschaft grundsätzlich etwas ändern.“*12

Diese Affinität zur Politik und das Interesse an der Gestaltung der Gesellschaft unterscheidet die Befragten deutlich von der Mehrheit (auch) der (jungen) Bevölkerung. Nur 37% der 12-25 Jährigen*13 interessieren sich laut der Shell-Studie 2010 überhaupt für Politik,*14 *„Jugendliche* [reagieren] *zu einem hohen Prozentsatz distanziert bis desinteressiert auf* (Institutionen-)*Politik … und* [sehen] *sich oft gar nicht als die Adressaten von Politik bzw. Partizipationsangeboten“*15. Das klassische Prinzip politi-

***4** **Vgl. Quent Zwischen Symbolwirkung und alltäglichen Raumkämpfen: manifester Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliche Gegenbewegung in Erfurt, Jena 2013 S.39. *Über die anderen Teilnehmenden heißt es dort: „Zwölf Prozent waren am 1. Mai unentschlossen, zehn Prozent wollten nicht zur Wahl gehen. Die Sympathiewerte für die CDU lagen mit fünf Prozent noch hinter jenen der sonstigen Parteien (7,5 Prozent). Zu diesen zählen die Piraten (n=2), MLPD, ÖDP und „Pro Hanf“ (je n=1)“.**

***5** **(Die Linkspartei selbst wird an achter Stelle genannt, an vierter Stelle steht außerdem daneben das Wahlkreisbüro Redroxx der Abgeordneten Susanne Hennig und Matthias Bärwolf der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag.**

***6** **An elfter Stelle, Vgl. Ebenda.**

***7** **An zwanzigster Stelle, vgl. Ebenda**

***8** **An zwölfter Stelle, vgl. Ebenda.**

***9** **50,5,% finden dies sehr wichtig, weitere 34,6% wichtig.**

scher Beteiligung spielt für die meisten Jugendliche eine untergeordnete Rolle, Beteiligung wird „immer häufiger in einem individualisierten Kontext außerhalb gesellschaftlicher Institutionen und bezogen auf den sozialen Welten, in denen die Jugendlichen alltäglich agieren“ verstanden.*[16]

Wer engagiert sich – warum?

Vor dem Hintergrund dieser Feststellung bleibt jedoch die Frage offen, welche Motive hinter dem Engagement des umrissenen Milieus und autonomen AktivistInnen steht und wie das politische Desinteresse der restlichen Gesellschaft zu erklären ist. Die Frage entspricht dabei dem unter den AktivistInnen verbreiteten Wunsch, dass möglichst viele sich an den Aktionen gegen Neonazismus beteiligen.

Der Aussage „Die Aktionen sollen ein Mitmachangebot sein - wir wollen mit vielen Menschen darüber nachdenken, was wir verbessern können“ stimmten in der Studie von Quent über 96% aller Befragten zu.*[17] Die Erforschung der Frage wurde darüber hinaus vom Lokalen Aktionsplan der Landeshauptstadt Erfurt finanziert.
In diesem Forschungsinteresse steckt jedoch die Gefahr, zu unterstellen, dass das fehlende Engagement gegen Neonazismus ein Mangel ist, während diejenigen, die aktiv sind, über rationale Gründe für dieses Engagement verfügen. Deswegen wurden nicht nur Personen nach ihren Vorstellungen von Neonazismus und den Gründen für ihr nicht vorhandenes Engagement befragt, sondern zugleich eine kleine Zahl von Aktivisten aus unterschiedlichen Zusammenhängen ausführlich über ihre Motivationen und Engagement befragt. Erklärungsbedürftig ist nicht nur das Ausbleiben eines Engagements, sondern auch das Engagement selbst.

Motivationslage der Nicht-Aktiven

Die Befragung von BürgerInnen, die sich nicht gegen Neonazismus engagieren, erfolgte durch willkürliche

***11** **65,4% finden dies sehr wichtig, weitere 30,8% wichtig.**

***12** **61,3% finden dies sehr wichtig, weitere 33,0% wichtig.**

***13** **Die von Quent Befragten sind mehrheitlich zwischen 16 und 26 Jahre alt, wobei der Anteil der jungen Leute bei denen, die aus anderen Orten zur der Demonstration anreisen, noch einmal deutlich höher liegt, als bei den ErfurterInnen ,vgl. Quent, S. 37. Damit sind die TeilnehmerInnen der Proteste in Erfurt etwas älter als in der Shell Studie. Die Shellstudie bemerkt aber darüber hinaus, dass neben Alter und Geschlecht vor allem Bildung und Herkunftsschicht“ der Jugendlichen über das politische Interesse entscheiden. Die Verteilung zwischen den Geschlechtern ist auf der Demonstration hingegen fast ausgewogen, vgl. Quent, S. 36. Der Thüringen Monitor gibt das politische Interesse der Bevölkerung mit 32% an, während42% auf die Frage, ob sie politisch interessiert seien, mit „Teils-Teils“ antworten und 26% dieses Interesse vollständig verneinen, vgl. Thüringen Monitor 2012, S. 64.**

***14** **Vgl. Shell Studie**

Auswahl und Ansprache in der Stadt. Die Interviews waren mehrheitlich kurz (rund 10 Minuten) und folgten wegen der kurzen Dauer und der mangelnden Möglichkeit, ein Folgeinterview durchzuführen, einem losen Interviewleitfaden. Erfragt wurden dabei: die Einstellung der Personen zum Rechtsextremismus, das von diesem ihrer Einschätzung nach ausgehende Gefahrenpotential, ihr eigenes Engagement, bzw. falls die Befragten selbst nicht engagiert waren, wer ihrer Einschätzung nach gegen Rechtsextremismus aktiv sei.

Bei der Befragung fiel zunächst auf, dass sich alle Interviewten durchgängig gegen Rechtsextremismus positionierten. Mit Blick auf die Ergebnisse, die im Thüringen Monitor zusammengefasst werden,*18 irritiert dies zunächst, teilt doch dieser Studie zufolge ein wahrnehmbarer Teil der Bevölkerung die rassistischen und antisemitischen Einstellungen, die den Kern des Neonazismus bilden.

Hinzu kommt, dass viele Befragten auf eine erste Nachfrage hin keine RechtsextremistInnen in ihrem Umfeld wahrnahmen. Als das Thema auf rassistische und antisemitische Vorstellungen kam, konnten sie jedoch durchaus Personen in ihrem Umfeld benennen, die diese Einstellungen in einem gewissen Umfang teilen, oder sie teilten diese sogar selbst. Die Wahrnehmung rassistischer und antisemitischer Einstellung durch die Befragten, steht im Widerspruch zu ihrer Einschätzung keine Rechtsextremen zu kennen. Im Folgenden soll dieser Widerspruch deswegen genauer beleuchtet werden.

Um dem nachzugehen, muss zuerst die Frage beantwortet werden, was die Befragten den unter Rechtsextremismus verstehen und welche Gefahren sie in ihm sehen. Die zweite Frage nach der Einschätzung der Interviewten der vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahr, zielte auf eine genauere Klärung genau dieser Frage: warum wird der Rechtsextremismus von den Befragten abgelehnt. Dabei fällt auf, dass die überwiegende Mehrzahl der Befragten bei der Beantwortung dieser Frage sehr abstrakt bleibt. So heißt es etwa in einem Interview:

„die sind für mich eine Bedrohung, weil, sag mal so, es geht da ja um Hitler und Hitler - wie sagt man in meiner

***15** **Vgl. Großegger/ Zentner 2006; BMSG 2003a: 153ff.)**

***16** **Ebenda. Allerdings sind die Proteste gegen Rechtsextremismus auch in der Lage, Personen zu mobilisieren, die sich in die offiziellen Institutionen der Politik nicht einbringen, vgl. die knapp 10% Nicht-WählerInnen unter den von Quent Befragten. Es sei zudem daran erinnert, dass in die Befragung die Teile der Autonomen, die sich in kleinen Gruppen jenseits der Kundgebungen bewegten, nicht mit einfließen und davon auszugehen ist, dass deren Einschätzung der offiziellen Institutionen noch einmal abweicht von denen der sonstigen BlockiererInnen.**

***17** **46,7% fanden diesen Punkt sehr wichtig, weitere 49,5% fanden ihn wichtig. 2,8% fanden sie eher wichtig und nur 0,9%& fanden sie völlig unwichtig, vgl. Quent, S.43.**

***18** **Diese kommt zu dem Ergebnis, dass etwa 29% der Bevölkerung fremdenfeindlich sind und etwa 15% antisemitische Einstellungen teilen.**

Jugend: ein böser Mann - ... aber die sind eine Bedrohung für die Bevölkerung, die sind sehr gewaltbereit... wenn die Entwicklung so weitergeht in diese Richtung, ist das eine Gefahr... an der Gewaltbereitschaft und das was man in den Medien hört.., nichts Gutes, Randale, fallen über Menschen her, ich sag mal in den Großstädten: Leipzig, auf den Bahnhöfen."

Seltsam kindlich wird Hitler hier als „böser Mann" charakterisiert und so getan, als sei die Verbindung der Neonazis zu diesem Mann der Grund für ihre Bedrohlichkeit. Hier, wie auch in anderen Interviews, werden Neonazis zwar mit körperlicher Gewalt in Verbindung gebracht, diese Verbindung bleibt aber zugleich unbestimmt: Sie findet woanders, in Großstädten oder auf deren Bahnhöfen statt, sie ist etwas, dass man über die Medien erfährt, der man aber nicht im Alltag begegnet. Gleichzeitig wird in diesem Interview ungewöhnlich alarmistisch – etwas, dass sich in den anderen Interviews nicht findet – eine Entwicklung nachgezeichnet, der zufolge es immer schlimmer wird. Ob dieser Eindruck durch Medienberichte von den in letzter Zeit auftreten den Protesten vor Flüchtlingsunterkünften verursacht ist, muss leider offenbleiben – selbst wenn der Eindruck das sich aus der Berichten über die jüngsten rassistischen Versammlungen gegen Flüchlingsunterkünfte speist, ist die Wahrnehmung doch eigentümlich verzerrt, findet sich das nächste Beispiel für solche Auseinandersetzungen doch im kleinstädtischen Greiz mitten in Thüringen. Denkbar ist auch, dass diese Äußerung in erster Linie dazu dient, das Gefühl einer Bedrohung zu verstärken.
Wie problematisch die abstrakte Ablehnung des Rechtsextremismus und dessen simple Verknüpfung mit Gewaltbereitschaft ist, zeigt sich deutlich in einem anderen Interview:

„Ich persönlich halte da jetzt nicht so viel davon, aber ich muss jetzt sagen, ich kenn auch welche, die in dieser Szene sind. Aber da muss man verblüffender Weise sagen, dass die völlig korrekt sind. Selbst als Ausländer, die haben jetzt nicht direkt was gegen die. Den, den ich jetzt z.B. kenne, der hat jetzt seine Meinung, die er vertreten tut. Aber ist jetzt nicht so, dass er nur, weil er jemanden sieht, der Ausländer oder so ist. jetzt direkt auf den losgehen würd oder sonst irgendwas. Den sein Groll geht jetzt mehr so in die Richtung, die jetzt herkommen und sich nicht integrieren wollen, und das ist jetzt denk ich bei Leuten so, die jetzt nicht unbedingt rechts sind, die das wahrscheinlich genauso sehen."

Nach der typischen Abgrenzung gegen Rechtsextremismus gibt die Person zu, Mitglieder der rechtsextremen Szene zu kennen. Diese, so wird versichert, seien aber eigentlich anders, als das Bild von Rechtsextremen nahelege. Weder hätten sie *„direkt“* etwas gegen Ausländer, noch würden sie diese bei Kontakt sofort angreifen. Darauf folgt die Feststellung, dass diese Rechtsextremen nicht einmal etwas gegen alle Ausländer hätten, sondern nur etwas gegen diejenigen, die nach Deutschland immigrieren würden, ohne sich anschließend zu integrieren. Das *„jetzt“* in der Formulierung *„die jetzt herkommen und sich nicht integrieren wollen“* lässt sogar offen, ob der „Groll“, wie der Hass der Rechtsextremen auf MigrantInnen verharmlosend genannt wird, sich nur gegen solche richte, die im Moment hier herkommen würden, und nicht etwa gegen alteingesessene GastarbeiterInnen und ihre Nachfahren – oder ob es sich um ein bloßes Füllwort handelt. Die Überlegung schließt mit der Feststellung, dass die dem Befragten bekannten Rechtsextremen im Grund gar nicht anders als andere nicht-rechte Personen seien, da sich deren Urteil über MigrantInnen von diesen nicht unterscheide.

Zwar schränkt der Befragte direkt nach seiner Abgrenzung vom Rechtsextremismus diese Abgrenzung wieder ein, indem er zugibt, Rechtsextreme zu kennen, er erlebt diesen Umstand aber zunächst noch als einen, der gerechtfertigt werden muss. Die Rechtfertigung, die er infolge dessen liefert, ist aber dazu geeignet, diese Rechtfertigung überflüssig zu machen: Am Ende unterscheiden sich Rechtsextreme in ihrem Auftreten und in ihren Positionen nicht von den *„Leuten, die nicht unbedingt rechts sind“*. Dass der Befragte (mit Blick auf dieses Ergebnis) sich überhaupt von Rechtsextremen abgrenzt, findet seine Begründung also nicht in der inhaltlichen Ausführung dieser Ablehnung. Plausibel ist die Abgrenzung nur dann, wenn für sie andere, sachfremde Gründe vorliegen. Die so getroffene, bloß abstrakte*[19] Ablehnung des Rechtsextremismus und die vagen Vorstellungen über seine Verbindung zur Gewalt und Rassismus machen es in diesem Fall möglich, konkrete Neonazis zu enttabuisieren.

Die Häufigkeit vergleichbarer Formen der Ablehnung des

*** 19**
Abstrakt meint hier und im weiteren, dass der Begriff inhaltlich nicht mit konkreten Vorstellungen gefüllt ist.

***20**
Der Begriff „selbstverständlich“ meint hier ein Urteil über die Sache, dass sich „von selbst“ verstehe und damit das Subjekt das dieses Urteil trifft, gerade vom Verständnis für den Gegenstand entlastet. Indem es das Urteil teilt, missversteht dieses Subjekt zugleich sich selbst: was es für ein selbstverständliches Urteil hält, dass es sich aneignet, ist vielmehr ein gesellschaftlich weitverbreitetes Vorurteil, dass aufgrund seiner gesellschaftlichen Verbreitung unhinterfragt bleibt und damit gesellschaftlich Unbewusstes an dem das Subjekt Anteil hat.

***21**
Mit Blick auf die Studien des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aus den dreißiger und vierziger Jahren und auf dieRolle, die Deprivationserfahrungen nach den Erhebungen der Studie „Vom Rand zur Mitte“ spielen, sollte diese Vorstellung nicht einfach beiseite gewischt werden. Offenbleiben muss allerdings, ob es sich hier um ein Erfahrungswissen der Befragten handelt, dass das Phänomen des Rechtsextremismus partiell aufhellt, oder ob dies die Auswirkungen der medialen Rezeption des Rechtsextremismus der 90er Jahre sind, wie sie etwa im Lied „Schrei nach Liebe“ der Band „Die Ärzte“ von 1993 zum Ausdruck kommt.

Rechtsextremismus unter den Befragten legt die Vermutung nahe, dass es sich bei der verbreiteten Ablehnung nicht um ein begründetes Urteil über die Problematik rassistischer und antisemitischer Einstellungen handelt, sondern um die gesellschaftlich selbstverständliche*[20] Ablehnung eines bloßen Etiketts. Die organisierten Neonazis haben längst darauf reagiert und versuchen, diese Etikettierung zum umgehen, indem sie sich etwa zum empörten Nachbarn stilisieren, der bloß ausspricht, was alle denken. Neben der Gewalttätigkeit, gibt es ein anderes zentrales Motiv, das bei der Frage nach der Gefahr, die von Nazis ausgehe, wiederholt angeführt wird: das Motiv der Gefährdung der Jugend.

So äußert ein Befragter:

„Wenn man mal einfach mal hier nach Feierabend rumgeht, ist es nicht so, dass da ne Präsenz von ausgeht ... ich denk, es ist generell ne Gefahr, vielleicht viele, die sich da anschließen, wissen vielleicht gar nicht so richtig warum, eigentlich was da eigentlich propagiert wird, man müsste für die Jugendlichen hier mehr anbieten, dass die da nicht reinrutschen ... generell ist das ne Gefahr für die Jugend.“

In der Aussage bleibt unklar, was überhaupt die Gefahr ist, die von Rechtsextremen ausgehe. Eine unmittelbare Gefahr wird vom Befragten zunächst verneint, indem er darauf hinweist, dass er keine Präsenz von Rechtsextremen nach Feierabend wahrnimmt. Im nächsten Satz scheint es zunächst so, als sehe er die Gefahr in den von den Nazis propagierten Inhalten. Diese sprechen für den Befragten also offensichtlich gegen den Neonazismus. Die Feststellung, dass man nicht wisse, was die Nazis eigentlich propagieren, soll die Aussage verstärken, dass die Jugendlichen nicht wüssten, warum sie Neonazis werden. Darin steckt die Unterstellung, dass das Wissen um die Inhalte der Neonazis nicht gerade Grund für die Annahme einer rechtsextremen Identität wäre, sondern diese vielmehr selbstverständlich verhindern würde: Wüssten die Jugendlichen um die Inhalte rechtextremer Propaganda, so könnten sie dieser kaum anheim fallen.
Die Gefahr, die von den Neonazis ausgehe, sei eine *„Gefahr für die Jugend“.* Diese bestehe darin, dass diese *„da ... reinrutschen“*, was durch Angebote für die Jugend verhindert werden müsste. Warum genau Jugendliche zu Nazis werden, bleibt dabei unklar, vielmehr projiziert der Befragte sein eigenes Unverständnis für diesen Vorgang auf die Jugendlichen selbst:. Diese (und nicht er) würden selbst nicht recht

wissen, warum sie die Positionen der Neonazis übernehmen. Das Bild des „Hineinrutschens“ taucht in einem nahezu identischen Sinn ein weiteres Mal in einem anderen Interview auf, dort heiß es:

„**[...]** *das ist auch etwas wo ich echt Angst habe, dass mein Kind irgendwann mal in sowas reinrutscht, einfach weil man vielleicht auch nicht so viel Zeit hat. Selber. man ist alleinerziehend und arbeitet viel.“*

Auch hier spielt das Moment der Vernachlässigung eine zentrale Rolle, auch hier werden nicht Jugendliche zu Neonazis, sondern rutschen in eine Sache hinein.*[21]
Es gibt ein weiteres Interview in dem das Motiv des *„Hineinrutschens“* ausführlich thematisiert wird, ihm unterfährt eine interessante Wendung in einem weiteren Interview. Dort heißt es, auf die Frage, was die Gefahr sei, die von Rechtsextremen ausgehe:

„in erster Linie, dass sie die Jugend schon mal mit Gedanken vergiften, dass sie sich besonders an Schulen breit machen, und die sich nicht geeinigt haben mit ihren Gedanken mit hineinziehen, das ist ne ziemliche Gefahr und jeder Erwachsene, der sich selber ne Meinung hatte, sollte zu den Schluss kommen, dass wir das Thema schon mal hatten und die Nazivergangenheit beerdigt gehört“

Auch hier taucht die Jugend als passive, bloß abrutschende vor. Es wird auch darauf eingegangen, dass dieses *„Hineinrutschen“* von anderen, eben den Neonazis, bewirkt werde.
Es findet aber in dieser Aussage zudem eine weitere Gegenüberstellung statt: die zwischen den Erwachsenen, die sich ihre Meinung bereits selbst gebildet hätten, und den Jugendlichen, die gerade durch Ermangelung einer solchen Meinung anfällig für Neonazismus seinen. Eine solche Meinung wird gleichzeitig mit einer Ablehnung des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht: wer eine Meinung habe, *„sollte zu dem Schluss kommen, dass wir das Thema schon mal hatten und die Nazivergangenheit beerdigt gehört“*.
Auch hier scheint die Ablehnung von Rechtsextremismus selbstverständlich, geraten die konkreten rassistischen und antisemitischen Meinungen, die auch erwachsene Menschen haben, aus dem Blick.

In der dritten Frage nach ihrem eigenen Engagement gegen Rechtsextremismus befragt, verwiesen die meisten darauf, dass ihnen Zeit und Möglichkeiten für dieses fehlen. Es ist erstaunlich, dass sie

daraufhin in Antwort auf die Nachfrage, wer sich denn an ihrer statt gegen Rechtsextremismus engagiere, bis auf eine Ausnahme behaupteten, dabei handele es sich um die direkt von Rechtsextremismus betroffenen: Migranten, Behinderte und Juden. So heißt es beispielsweise in einem Interview:

*„**[...]** ich würd fast behaupten, dass das so die Immigranten sind, also Immigranten, also die Minderheiten und die Flüchtlinge, dass das die meisten, also die Auffälligsten sind, die sich dagegen engagieren.“*

oder:

„zum Beispiel bei Behinderten, die tun sich ja auch dagegen stark machen, aber es ist wahrscheinlich da nicht ganz so offensichtlich, aber wie solln sie‘s machen? Sie selber können es ja auch schlecht machen, außer wenn sie geschlossen mal ne Demo laufen oder so, ansonsten mit mehr Rechten oder so, ansonsten wird das wahrscheinlich nie so groß aufgeführt werden, wie ne andere Demonstration oder so.

Ein andermal:

„Ansonsten sind das Leute die wahrscheinlich die sich selber angegriffen fühlen, oder die das selber miterlebt haben. Und viele, die dagegen sind, die halt auch wissen was sie erzählen, sei es halt auch Juden, oder sei es Behinderte oder irgendwelche Enkel oder Kinder, die das noch live miterlebt haben, oder gehört haben von den Eltern halt“

Abgesehen davon, dass hier deutlich wird, dass die Befragten das tatsächliche Engagement gegen Nazis in ihrem Alltag offensichtlich nicht oder kaum wahrnehmen, stehen die Vorstellungen auch im Widerspruch zu der Aussage, dass man sich gern selbst engagieren würde. Denn einerseits geben sie an, dass nur Betroffene sich engaieren würden, während sie sich selbst nicht betroffen einschätzen, andererseits aber geben sie an, sich gern engagieren zu wollen. Es wird hier deutlich, dass der Wunsch sich zu engagieren Teil der abstrakten Ablehnung des Rechtsextremismus bleibt: Genau genommen haben die Befragten andere Prioritäten zur Gestaltung ihres Lebens und Verfolgung ihrer Interessen als sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, dies schlägt sich in der Aussage, sie hätten keine Zeit, nieder. Auch wüssten sie wohl gar nicht, was sie denn gegen einen Rechtsextremismus tun sollen, von dem sie gar keine konkrete Vorstellung besitzen; verstellt

zeigt sich dieser Umstand in der Vorstellung, , es mangele Ihnen an Möglichkeiten des Engagements.

Lediglich eine der befragten Personen hat eine genauere Einschätzung der Proteste. Auf die Frage, wer gegen Nazis aktiv sei, antwortet sie:

*„**[...]** na auf jeden Fall Antifa, dass wär so die größte Gruppe glaube ich und dann ganz normale Leute, die das irgendwie weg haben wollen, ich denke die Beweggründe sind die gleichen aber Antifa ist in gewissen Hinsichten extremer."*

Die Frage, ob sich nur Linke gegen Nazis engagieren, weißt die Befragte nachdrücklich zurück, sie entkoppelt dabei als Einzige Engagement und Betroffenheit:

„Wenn man sich für die Homoehe engagiert, ist man ja auch nicht automatisch schwul oder lesbisch".

Sie ist auch die einzige Person, die Leute kennt, die sich gegen Nazis engagieren: eine Freundin nimmt regelmäßig an Demonstrationen teil.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die nicht engagierten Bürgerinnen und Bürger kein Interesse an einem Engagement haben, sie fühlen sich vom Rechtsextremismus nicht (oder nur sehr abstrakt) betroffen. Auf ihren Alltag und dessen Erleben hat der bestehende Rechtsextremismus in ihrer eigenen Wahrnehmung keine Auswirkungen. Und umgekehrt: Obwohl sie offenkundig wissen, wer von rechtsextremer Gewalt betroffen ist, und diese Gruppe bei der Frage nach den Engagierten benennen können, spielt auch deren Betroffenheit im Alltag der Befragten keine Rolle, sie sehen darin für sich selbst keinerlei Gefahr und auch keinen Grund aktiv zu werden.

Die trotzdem feststellbare Ablehnung des Rechtsextremismus erstreckt sich nicht auf dessen Bestandteile wie Rassismus und Antisemitismus, eine Verbindung zwischen beiden wird von den Befragen selbst nicht hergestellt. Die Ablehnung bleibt abstrakt: Es scheint zum guten Ton zu gehören, dagegen zu sein, ohne dass die Befragten eine Vorstellung davon hätten, wogegen sie dabei genau sind, oder was ein Dagegen sein beinhalten würde.

Die Aktivisten

Die Aktiven sind die bereits in der Einleitung benannten Akteure aus Parteien, Gewerkschaften, Kirche, Verbänden, Vereinen und radikaler Linker. Anders als die nicht Engagierten wurden mit vier Aktiven in zwei Durchgängen längere Interviews geführt.

Die Gespräche wurden frei geführt, so dass es keinen Interviewleitfaden gibt, die bestimmte Fragestellungen enthalten würde. Einstieg in alle Gespräch bildete die Frage nach den Motiven und der Geschichte des eigenen Engagements. Bereits hier fällt eine Gemeinsamkeit in den Antworten der Aktiven und der Befragten, die sich nicht engagieren auf. Obwohl sie in der Regel zu unterschiedlichen Milieus gehören, die engagiert gegen Rechtsextremismus sind oder nicht, teilen sie alle miteinander die Einschätzung, dass Betroffenheit eine zentrale Rolle für das eigene Engagement spiele.
Diese Vorstellung taucht bei der aus dem Bürgerbündnis engagierten Person ebenso auf, wie bei einem aktiven Mitglied eines Jugendverbandes und den Aktiven aus der Antifa.

„Ne Betroffenheit, ne eigene Betroffenheit“ erscheint als Grund des Engagements. Die Angst vor „körperlicher Bedrängung“ wird ebenso genannt, wie die Erfahrung von Schikane durch Rechte in der eigenen Jugend.
Damit verwoben tauchen aber auch Motive eines gesellschaftlichen Verantwortungsgefühls auf, etwa wenn davon gesprochen wird, dass man sich wünsche, dass die eignen Kinder „in einer Gesellschaft **[...]** *Umgebung aufwachsen können, wo sie sich frei entfalten können“.*
Diese Möglichkeit der freien Entfaltung, die eine Gesellschaft den Einzelnen zur Verfügung zu stellen habe, scheint durch die Nazis bedroht. Oder ein Befragter betont, dass er vom Dorf komme und „immer schon ein großes Ungerechtigkeitsbewusstsein oder Gerechtigkeitsbewusstsein“ hatte und er sich mit *„viele*[n] *Dorfrechte*[n] *... angelegt*“ habe. Oder schon früh sei habe eine andere Person bereits *„das Problem mit den Nazisererkannt“* heißt es im Interview einer anderen Aktiven.
In einem Interview heißt es explizit:
„Man bekommt Leute, wenn sie selbst betroffen sind, das merkt man auch bei der Antifa oder bei uns... wir sind alle mal mit rechter Gewalt in Berührung gekommen, ob als Schüler oder Studierender.“

Gleichzeitig wird wahrgenommen, dass es trotz der gemeinsamen Betroffenheit manche Aktive besonders durch Angriffe von Rechtsextremen gefährdet sind:

„Für die ist natürlich das Bedrohungspotenzial anders, wenn wir von Antifa Leuten, oder alternativen Jugendlichen reden. Das merkt man am Bedrohungspotenzial, was in den letzten Jahren was auch definitiv so ist. Das merkt man an den Übergriffen, die die letzten Jahren passiert sind.“

Neben der persönlichen Betroffenheit spielt bei allen Befragten aber auch das Engagement in einer Gruppe, oder Organisation eine Rolle. Während die einen mit *„16, 17, 18 in die Kirche, in der jungen Gemeinde“* aktiv wurden, engagierten sich die anderen in einem Jugendverband oder einer politischen Gruppe. Ausschlaggebend scheint dafür auch, zumindest in Einzelfällen, die Erfahrung gewesen zu sein, dass man sich allein *„häufig unterbuttern lassen* (habe)“. Der Besuch von „verschiedenen Veranstaltungen“ führte dann in *„politische Strukturen“*. Keiner der Befragten berichtet hingegen, sich mit anderen erst zu einer Gruppe zusammengeschlossen zu haben, stattdessen wurde man in *„ne engagierte Gruppe hineingeworfen“.*

✱ 22
Quent, S. 43 Diese Wunsch unterteilen sich in das Verlangen nach bewegungsförmiger Kollektivierung:“Die Aktionen sind Teil einer breiten sozialen Bewegung für gesellschaftliche Veränderung “ „Die Aktionen sollen ein Mitmachangebot sein – wir wollen mit vielen Menschen darüber nachdenken, was wir verbessern können.“ und einer allgemeine Sozialkritik: „Die Aktionen sollen die Teilnehmer_innen und Passant_innen dazu bringen, sich stärker mit Fragen grundsätzlicher Gesellschaftskritik zu beschäftigen“

✱23
Vgl. Quent S. 43

Organisationen und Vereine

Zentrales Thema, sowohl bei der Befragten aus einem Bürgerbündnis, als auch bei dem Vertreter des Jugendverbandes sind neben der Verhinderung von Demonstrationen, ist der Versuch *„Andockmöglichkeiten“* an die restliche Bevölkerung zu schaffen. Dazu sollen die Medien sensibilisiert werden, Aufklärungs- und Bildungsarbeit betrieben werden. Sowie neu entstandene Bündnisse, oder neue Interessierte Unterstützt werden. Hier findet sich der starke Wunsch der Aktiven, der Bereits vom Team um Quent festgestellt wurde, wieder, auch andere in die eigenen Aktivitäten einzubinden.*22

Dieses wird insgesamt als schwierige und langwierige Aufgabe gesehen, man müsse *„immer wieder neu machen“* und *„die Leute dort abholen wo sie stehen“.* Gleichzeitig wird die Schwierigkeit die in einem Ansatz liegt, der die Leute dort abholt wo sie stehen gesehen:

„Punktuell funktioniert das tatsächlich, dass man mit so ner Imagegeschichte mehr Leute auf die Straße bringt... weil es um wirtschaftliche Grundlage geht **[...]** *glaube aber nicht das das ne Nachhaltigkeit hat wenn man auf dieser Ebene agiert."*

Wo es um die wirtschaftliche Grundlage einer Kommune geht, oder um deren Außenwahrnehmung, fühlen sich viele betroffen und sind für Aktionen mobilisierbar, in einen dauerhaftes Engagement gegen Rechtsextremismus setzt sich diese Mobilisierung jedoch nicht um. Und doch wird eher in einer Abfolge von *„unterschiedlichen Stufen von Selbstreflexion"* gedacht. Seien die Menschen einmal mobilisiert, könnten daraus Gruppen entstehen und im Laufe der Zeit diese Gruppen verändern. So heißt es etwa:

„und das haben wir in **[Stadt X]***... nen Prozess, der sich relativ häufig in kleineren Städten zu beobachten, meistens organisiert sich das aber in verschieden Rahmen, wenn es eine kontinuierlich Arbeit gibt, dann schafft man es auch Sachen zu hinterfragen, das Asylsystem z.B."*

Wie sehr Anspruch und Wirklichkeit auch in der Wahrnehmung der Protagonisten auseinanderfallen zeigt, dass kein Satz in diesem Zusammenhang nicht zugleich wieder eingeschränkt werden würde. Auf positive
Aussagen zu Sachverhalten, folgen Einschränken, auf die wiederum die Würdigung von Erfolgen, oder Teilerfolgen folgt, worauf hin wieder die Gefahr eines Misserfolges betont wird, und dann das Vorgehen generell gut geheißen wird. So heißt es:

„und deswegen glaube schon da es sicherlich manchmal erst dazu führt das manche Leute erst mal ne Imagekampagne machen, aber meine Erfahrung ist, dass sich einzelne Leute damit auseinander setzten, mir ist schon klar das wir damit nicht alle erreichen und nicht immer unbedingt die Verantwortungsträger erreichen, aber ich finde es hat schon ein gewissen Erfolg, wenn ne gewisse Gruppe an Menschen sich damit tiefer auseinandersetzt, aber die Gefahr besteht natürlich das es nur in Imagekampagne endet und das ist dann halt die Frage wie man damit umgeht wie man das thematisiert, aber generell würde ich das nicht sagen. Es gibt halt Gruppendynamiken in Städten wo man erst mal bedacht ist zu sagen man ist kein Nazi... man muss die Leute dort abholen wo sie stehen"

Im Laufe des Gesprächs taucht ein weiter Punkt auf, den auch schon das Team um Quent erhoben haben*[23]: es kommt zu der Feststellung, dass es eine *„breite rassistische Einstellungen in der breiten Bevölkerung gibt“* und wird der Wunsch geäußert auch dagegen etwas zu unternehmen. Zusammenfassend lässt sich beobachten, dass die Aktiven aus Bündnissen und Verbänden sich bemühen die Widersprüchlichkeit ihres eigene Tuns zu einer kohärenten Einheit zu vermitteln: man möchte keine Imagekampagne und man sieht das Problem, dass breite Teile der Bevölkerung rassistische Einstellungen teilen, zugleich aber beobachtet man auf Imagekampagnen zur Mobilisierung angewiesen zu sein und die Leute da abholen zu müssen, wo sie stehen, wenn man sie erreichen möchten. Auch dann, wenn *„wo sie stehen“* bedeutet, dass sie rassistische Vorstellungen eben teilen, wie es implizit darin zum Ausdruck kommt, das bemängelt wird, dass die Asylpolitik nicht als *„rassistisches Gesetz“* in den Blick kommt. Eine Verbesserung der Situation verspricht man sich, trotz all der Mängel, aus dem bloßen aktiv sein der Leute, einer mit der Dauer der Aktivität zunehmenden Einsicht.

Im Verhältnis zur passiven Mehrheit der Bevölkerung befindet man sich in einem weiteren interessanten Widerspruch, während alle Aktiven betont hatten, dass die zentrale Motivation des eigenen Engagements der Fakt der selbst empfundenen Betroffenheit war, wird die Frage, warum sich denn andere überhaupt gegen Rechtsextremismus engagieren sollten und inwieweit das in ihren Interesse liegt, oder ihr Bedürfnis ist übergangen. Vielmehr wird der eigene Wunsch teils emotional etwa in der Äußerung des Jugendverbandsmitglieds, ihm selbst wäre es lieb, wenn die anderen sich an einem Neonazismus stören würden, an dem sie sich offenkundig von sich aus nicht stören; dann wäre die Aufforderung schließlich sinnlos – teils strategisch, z.B. in der Hoffnung, dass auch aus einer Imagekampagne die man eigentlich ablehnt einmal eine andere Position werde, wenn es nur genug Zeit geben und man diese Imagekampagne unterstützt, damit eben Zeit bleibt.

Die radikale Linke

Genau an diesem Punkt stößt sich die radikale Linke nach eigener Aussage von den Bürgerbündnissen ab.
In der Wahrnehmung der Befragten, mangelt es den Bürgerbündnissen und *„bürgerlichen“* Aktivisten an einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik. Im Kapitalismus werden auch die Ursache für Rassismus und Antisemitismus gesehen:*„Wir wissen alle, wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Das zieht sich durch alle Lebenslagen... das Problem ist, dass*

viele Leute verspüren ein Ohnmachtserlebnis, viele Leute sind in Konkurrenz zu einander sei es auf Arbeit, in der Schule, im Betrieb, sei es in der Universität und sie wissen nicht, wie sie sich dagegen wehren sollen. Es gibt Leute die haben viel Geld haben, wenig Geld **[...]** *werden falsche Schlüsse gezogen* **[...]** *deswegen gibt es ja die starke Abwehr gegen Flüchtlinge"*

Interessanterweise tauchen viele dieser Punkte auch in „bürgerlichen" Studien auf: Sowohl der Thüringen Monitor, als auch die Studie der Friedrich Ebert Stiftung machen mit einem Gefühl der Ohnmacht verbundende Deprivationserfahrungen als wichtigen Faktor für fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen aus und die Befragten auf der Kundgebung in Erfurt äußern zu großen Teilen ein Interesse an Gesellschaftskritik.
Die Frage, woher genau diese Deprivationserfahrungen rühren und wie sie vermieden werden können, führt zu unterschiedlichen Antworten. Im Interview mit der Aktiven der Bürgerbündnisse etwa finden sich folgende Aussagen:
„Nazis kommen ja nicht von ungefähr, da muss zumindestens in der Stadt, Kommunen-Politik etwas schieflaufen"
Demgegenüber wird im Interview mit der Aktiven der Antifa betont:
„wenns mir begegnet, ist dann von Parteien der Kapitalismus ist reformierbar und das haut so nicht hin"
Ausgeführt wird jedoch keine der beiden Behauptungen. Inwiefern die Existenz Resultat einer *„schiefgelaufenen"* Kommunalpolitik ist ebenso wenig, wie die Behauptung der Kapitalismus sei die Ursache von Rassismus und Antisemitismus und nicht reformierbar. Obwohl beide Gruppen sich für gesellschaftskritisch halten, ist der damit verbundenen Inhalt ein völlig verschiedener.

Trotzdem steckt im Urteil über die Bürgerbündnisse auch ein Fehlurteil. Nachdem an den Bürgerbündnissen kritisiert wurde, dass sie die immer gleichen Formen des Protestes einsetzen, werden von der Befragten wenige später selbst eben diese Formen gelobt. Auf die Nachfrage, wie es denn sein könnte, dass die Protestformen das eine mal abgelehnt, dass andere mal aber befürwortet werden, antwortete die Befragte:

„von den Mitteln ist es vielleicht nicht unähnlich, das stimmt **[...]** *ich würde sagen das ähm* (längere Pause) *hmm ich weiß gar nicht. Ähm. Ja es ist, ja es gibt da halt ne unterschiedliche Motivation, die daher rührt. Bürgermotivation wenn es nen Brennpunkt gibt."*

Genau dieses bloße agieren gegen Brennpunkte und das Festlegen auf reine *„Imagekampagnen“*, wo der Ruf einer Stadt geschädigt wird, ist Teil der Kritik der Bürgerbündnisse. Sie selbst kritisieren, die Stellung zur Imagekampagne aber ihr praktischer Umgang mit dem erkannten Problem, der Verankerung rassistischer und antisemitischer Einstellungen, bleibt widersprüchlich. Insgesamt ist die Abgrenzung von Bürgerbündnissen und Parteien von einem großen Bemühen gekennzeichnet einerseits nicht zu verurteilen, dass sie dort sind *„wo es brennt“* handeln, und anderseits diesen Aktiven klarzumachen, dass dies nicht ausreicht. Was genau dieses *„nicht ausreichen“* ist und in welchem Zusammenhang es mit dem Kapitalismus steht, bleibt aber unklar, die Antworten sich gekennzeichnet von längeren Pausen und Aussetzern. Das ich *„häufig an mir erkenne... häufig dieses Distinktionsverhalten habe... mein Engagement ein Zeichen der Abgrenzung gegenüber der Masse“* ist.

Wirkt diese Abgrenzung mit Blick auf die Charakterisierung dieser Massen, auch durch die interviewten Vertreter der Parteien und Bündnisse rational und als Lösung des Widerspruchs der Bürgerbündnisse, begibt es sich zugleich in eignen Widerspruch: Die Praxis der Antifa ist von denen der Bürgerbündnisse, folgt man den Selbstbeschreibungen, nicht zu unterscheiden. Die Gesellschaftskritik bleibt eine bloße Zugabe zu diesem pragmatischen Antifaschismus, deren Stellenwert über theoretische Erörterungen hinaus unklar bleibt. Die Ähnlichkeit und zumindest partiell vergleichbaren Zielen – der Verhinderung von Nazi-Aufmärschen, die Aufklärung über Rassismus und Antisemitismus, Kritik der Asylpolitik – von Bürgerbündnissen und Antifas machen eine Abgrenzung von Seiten der letzteren erforderlich, die jenseits verschiedener Akzentuierung und Mittel für die Durchsetzung dieser Ziele auch zu einer ganzen Reihe von Fehlurteilen und Missverständnissen gegenüber den Bürgerbündnissen führt. Die Mangelnde Möglichkeit der Verständigung wird dabei nicht als Mangel, sondern gerade als Beweis der Radikalität der eigenen Kritik wahrgenommen. In einem Interview hießt es:

„man hat dann seine kleine Blase die Leute die sehr sensibel sind die Solidarität zeigen“

Das die Blase in der man lebt, zugleich dazu führt, dass die Außenwelt bloß noch verzerrt wahrgenommen wird, klingt zwar im Begriff der Blase an, spielt aber im weiteren keine Rolle.*[24]

Fazit

Die Beobachtung, dass die Mehrzahl des Befragten der nicht Aktiven sich zwar gegen Rechtsextremismus ausspricht, sich von diesem selbst aber nicht betroffen sieht und in dessen Ablehnung entsprechend abstrakt bleibt, zieht die Wirksamkeit der Strategien der Mobilisierung und Aufklärung durch die Bürgerbündnisse über einen bestimmten Kreis von Personen hinaus in Zweifel.

***24**

An dieser Stelle soll betont werden, dass sich ein ähnliches Phänomen teils durchaus auch bei Funktionären von Verbänden und Organisationen findet, sie führt gerade zu dem in den Interviews immer wieder auftauchenden Vorstellung, dem Rest der Gesellschaft fehle bloß etwas Aufklärung und von außen kommende Motivation um sich für das objektive Problem Rechtsextremismus zu interessieren.

***25**

Ein Bemühen für eine solche Identifikation dürfte jedoch das genaue Gegenteil bewirken und der Zielgruppe als Werbung über aufstoßen.

Es lässt sich mutmaßen, dass die Mehrzahl tatsächlich unerreichbar für eine solche Mobilisation bleiben wird, wenn sich an der Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit – sei es durch Auseinandersetzungen mit Nazis, sei es durch eine weitergehende Identifikation*[25] mit dieser Gesellschaft – nichts ändert.
In der Frage, warum eine solche Identifikation eigentlich unterbleibt, könnten Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Vereine etwas von den Aktiven aus der radikalen Linken lernen. Zumindest werden in den Interviews mit deren Aktiven wiederholt auf diese Frage eingegangen. Diese in den Zusammenhang vorgebrachten gesellschaftstheoretischen Überlegungen könnten den Ausgangspunkt einer Debatte bilden, die nicht nicht mehr unmittelbar auf eine Mobilisierung zielt, sondern versucht aus dem regelmäßigen Versagen des Versuches breite Bevölkerungskreise zu mobilisieren, sich Rechenschaft über deren Gründe ablehnt. So es denn die Möglichkeit gibt, subjektiv und mit den beschränkten Mitteln, die den Aktiven zur Verfügung stehen das Engagement gegen Rechtsextremismus zu verbreitern, dann kann sie so vielleicht gefunden werden. Eine Strategie jedenfalls die unmittelbar durch Werbung versucht Aktivität in der Mehrheit der Bevölkerung zu schaffen, die noch nichteinmal Gründe dafür sieht, warum sie das Thema interessieren sollte, muss notwendig scheitern.

Die bloß abstrakte Ablehnung des Rechtsextremismus durch die Mehrheit der Bevölkerung, brigt zugleich eine Gefahr: Wo es Neonazis gelingt das Etikett, an dem ihre Ablehnung hängt, zu unterlaufen, schwindet auch die Ablehnung dieser Neonazis vollends. Statt durch Parolen und Werbung den Versuch zu unterenehmen diese abstrakte Ablehung der Leute gegenüber Neonazis noch zu verstärken und „antifaschistisch“ nutzbar zu machen, hätte antifaschistisches Engagement gerade die die bloß abstrakte Ablehnung durch eine inhaltlich gefüllte zu ersetzen. Hier schließt sich der Kreis: denn dieses Unterfangen muss misslingen, solange nicht die Mehrheit sich selbst von Neonazis betroffen, oder bedroht weiss. Anzusätzen wäre also weniger bei Präventionsstrategien, noch bei Aktionen gegen rechts, sondern von der Förderung eines Bewusstseins, dem gesellschaftliche Fragen als Fragen des eigenen Lebens durchsichtig sind, ein Bewusstseins, dass nur dort entsteht, wo es die es umgebenden Verhältnisse durch als gestaltbare erlebt.

Wir Falken...

Sozialistische Jugend Deutschland Die Falken

...sind ein linker Kinder- und Jugendverband.
Wir sind parteiunabhängig, aber parteiisch gegen Herrschaft und Ausbeutung und für eine andere, bessere Welt.
Zusammen versuchen wir die Gesellschaft zu verstehen und zu verändern. Weil sowohl das Verstehen als auch das Ändern allein nicht gut funktionieren können, denken wir, dass es notwendig ist sich zusammen zu tun.
Dabei wollen wir schon im Bestehenden Zusammenhänge schaffen, in denen wir anders miteinander umgehen: Wir wollen uns helfen, anstatt wegzusehen. Wir wollen solidarisch handeln, anstatt in Konkurrenz zueinander zu stehen – uns ist egal, wer etwas als Erste*r versteht, aber wichtig ist, dass alle mitkommen. Völlig irrelevant finden wir dagegen, wie man aussieht, welche Klamotten man trägt oder welche Musik man hört.

gefördert durch:

Freistaat Thüringen
Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

denk bunt
Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit